

# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

**Amtsblatt**

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

ersch. jeden Freitag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwoch- und Sonnabends erscheinenden „Belletristischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 80 J. erhaltene Bestellungen. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

**Versprechelle Nr. 22.**

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

**Stierndruckerischer Jahrgang.**

Inserte, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die vierspaltige Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Wiederholung eingekannter Manuskripte usw. keine Gewähr.

**Der deutsche Kolonialkongress 1910.**

Das wachsende Interesse an den deutschen Kolonien und die dringende Notwendigkeit, das mit so großen Opfern begonnene deutsche Kulturwerk in den Kolonien nun auch energisch weiterzuführen, werden voraussichtlich dazu führen, daß in diesem Jahr in den Tagen vom 6. bis 8. Oktober in Berlin ein großer deutscher Kolonialkongress stattfinden wird. Dieser Kongress ist natürlich in der Hauptsache eine Veranstaltung des deutschen Kolonialvereins, aber er wird auch von der Regierung und der Großkaufmannschaft Deutschlands eine wichtige Unterstützung erhalten. Da bereits in den Jahren 1902 und 1905 deutsche Kolonialkongresse stattgefunden haben, so wird es also nun der dritte Kongress sein, der sich im großen Stil mit den kolonialen Fragen befaßt wird. Das Präsidium auf dem Kolonialkongress wird wiederum der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg übernehmen und der kaiserliche Vorkämpfer a. D. Wirklicher Geheimrat Dr. v. Holleben wird ihm als Vizepräsident zur Seite stehen. Es sind eine ganze Reihe der wichtigsten Fragen, welche der Kolonialkongress zu behandeln gedenkt. Vor allen Dingen gilt es, in unseren Kolonien noch die Länderkunde, die Naturkunde und die Verhältnisse der eingeborenen Bevölkerung wissenschaftlich weiterzuführen. Die Gesundheitspflege in den Kolonien nach den Erfahrungen der Tropenhygiene zu fördern, ist auch eine Aufgabe des Kolonialkongresses. Ferner sollen auf dem Kongress auch die rechtlichen und politischen Verhältnisse in den Kolonien einer Kritik unterzogen werden, ebenso auch die religiösen und kulturellen Zustände bei den Eingeborenen. Die Frage der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kolonien und dann auch vor allen Dingen die Frage der Bestiedlung der Kolonien mit deutschen Kolonisten wird ebenfalls auf dem Kongress beraten werden. Endlich sollen auch die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und seiner Kolonien durch einen volkswirtschaftlichen Vortrag auf dem Kongress näher beleuchtet werden. Für die betreffenden Berichte und Vorträge sind hervorragende Fachmänner gefunden worden, doch können auch noch neue Vorträge über Kolonialfragen von der Leitung des Kongresses entgegengenommen werden. Da die deutsche Kolonialverwaltung bekanntlich jedes Jahr Denkschriften über die Entwicklung der Kolonien herausgibt, so könnte man fast meinen, daß die Behandlung so vieler Fragen auf dem Kolonialkongress nicht notwendig sei, aber man muß dabei doch bedenken, daß derselbe die gesamten Erfahrungen auf dem Gebiet der deutschen Kolonien in einem größeren Plan zusammenstellen, und daraus Nutzenwendungen ziehen will, es ist ferner auch nötig, daß an den Zuständen und Erfahrungen in den Kolonien auch einmal eine große Gesamtkritik von seiten der Freunde und Interessenten des Kolonialwesens geübt wird, denn der Reichstag hat nicht genug Zeit übrig, um alle Fragen desselben eingehend zu behandeln. Möge daher der deutsche Kolonialkongress aufs neue zur Förderung der kolonialen Interessen Deutschlands beitragen.

**Deutsches Reich.**

Die Wahlreformvorlage des Herrn v. Bethmann-Hollweg ist nun endlich im preussischen Abgeordnetenhaus auf der Bildfläche erschienen.

Die Aufnahme des Entwurfs ist in Abgeordnetenkreisen wie auch seitens der Presse der einzelnen Parteien keineswegs eine sonderlich günstige; in den Kreisen der Freisinnigen und der Sozialdemokratie wird die Wahlreformvorlage des Bethmann-Hollweg'schen Regimes überhaupt in Grund und Boden verdammt, „werft das Scheusal in die Wolfschlucht!“ Andererseits sind auch die Konservativen mit der Wahlreformvorlage nicht recht zufrieden, weil sie ihnen mit ihren Zugeständnissen an die Linke schon zu weit geht. Das Zentrum und die Nationalliberalen haben ebenfalls an dem Entwurf allerhand auszusetzen, so daß bei dessen Beratung im Abgeordnetenhaus die Regierung sicherlich einen harten Stand haben wird. Am Donnerstag nimmt die erste Lesung der Wahlreform im Abgeordnetenhaus ihren Anfang.

Zwischen dem Reichskanzler und dem Alldeutschen Verband ist es zu einem „Kraach“ gekommen. Die rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des genannten Verbands hatten in einem Schreiben an den Reichskanzler dem Berliner Auswärtigen Amt ein offenes Mißtrauensvotum erteilt, weil das Auswärtige Amt nach ihrer Meinung sich der Interessen der Deutschen im Ausland nicht in genügendem Maße annimmt. Seitens des Herrn von Bethmann-Hollweg war diese Kundgebung in einer knapp gehaltenen Antwort als ungehörig scharf zurückgewiesen worden, zugleich hatte er dem geschäftsführenden Ausschuss des Alldeutschen Verbands Mitteilung von diesem Vorgang gemacht. Infolgedessen hielt der Ausschuss am vergangenen Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in welcher dieser Zwischenfall erörtert wurde, worauf der Ausschuss dem Reichskanzler ein Antwortschreiben zu gehen ließ. In demselben mißbilligt der Ausschuss die Form der Kundgebung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner, stimmt ihr aber sachlich insofern zu, als der Ausschuss in seinem Schreiben an den Reichskanzler die Entschliebung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner als einen Ausfluß der ernststen Sorge um die auswärtige Politik des deutschen Reichs bezeichnet und betont, diese Sorge werde von der überwiegenden Mehrheit der Reichsbürger geteilt. Schließlich heißt es, der geschäftsführende Ausschuss wisse sich mit allen Mitgliedern des Alldeutschen Verbands einig in dem Wunsch, daß es der Reichsleitung gelingen möge, jener allgemeinen Sorge den Boden bald zu entziehen. — Man darf einigermaßen gespannt darauf sein, was der Reichskanzler dem Ausschuss erwidern wird.

Verkehrsminister von Frauendorfer wurde, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, zum bayerischen Bundesratsbevollmächtigten ernannt.

In Leipzig fand am Sonntag eine stark besuchte Versammlung von Privatangehörigen statt, welche sich mit dem Projekt der Pensionsversicherung der Privatbeamten beschäftigte. Nach lebhafter Debatte genehmigte die Versammlung einstimmig eine Resolution, in welcher die Versammlung dem Bedauern über die Verzögerung des geplanten gesetzgeberischen Werkes Ausdruck verleiht und das Reichsamt des Innern, den Bundesrat und den Reichskanzler ersucht, die sofortige Ausarbeitung und Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über die Pensionsversicherung der Privatangehörigen anordnen zu wollen. Zu der Versammlung war auch der Vertreter der Stadt Leipzig im Reichstag, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Junk, erschienen. Er gab in einer Rede

die beruhigende Versicherung ab, daß der Reichstag in dieser Frage einmütig auf Seite der Privatbeamten stehe und sie immer wieder aufrollen werde.

In Breslau fanden am Sonntag große Straßendemonstrationen gegen das neue preussische Wahlrecht statt, die vermutlich von der Sozialdemokratie arrangiert worden waren. Es kam hierbei zu wiederholten Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei, die mit der blanken Waffe vorging. Mehrere Personen erhielten Verletzungen durch Säbelhiebe. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet.

Der Münchener Journalistenstreik ist bereits beendet. Die Journalisten hatten dem Bayerischen Landtag mitgeteilt, sie würden ihre Tätigkeit nur bis zu einer gewissen Stunde ausdehnen. Das Haus erblickte darin, was aber verkehrt war, ein Monitum wegen der Dauerstücken und tadelte das Schreiben der Journalisten als Ungehörigkeit. Diese aber wiesen jedes Rückrecht ab und nahmen die Berichterstattung wieder auf.

Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtales, hat sich einem russischen Journalisten gegenüber hinsichtlich der deutsch-russischen Beziehungen in sehr zuversichtlichem Sinne geäußert. Er berührte neben der Kundgebung deutscher Professoren für Finnland speziell die Seldi-Angelegenheit und hob das ruhige und sachliche beider Regierungen in dieser Streitfrage hervor.

**Oesterreich-Ungarn.**

Ueber die eingeleiteten Versuche, eine Wiederannäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland herbeizuführen, läßt sich neuerdings ein Petersburger Telegramm der offiziellen „Politischen Korrespondenz“ vernehmen. Das Telegramm bestätigt, daß auf österreichischer, wie auf russischer Seite die Geneigtheit zu einer solchen gegenseitigen Wiederannäherung bestehe, weist jedoch darauf hin, daß im gegenwärtigen Moment Mitteilungen über Einzelheiten nicht angebracht seien. „Es erscheint jedoch rätlich“ — heißt es dann in der Petersburger Kundgebung weiter — „auf die Unrichtigkeit der Darstellungen aufmerksam zu machen, nach denen die Erteilung gewisser Zusagen seitens eines der beteiligten Kabinette als Vorbedingung einer Entspannung zwischen Petersburg und Wien und der Erzielung eines Einvernehmens zu betrachten wäre. Eine einigermaßen sorgfältigere Prüfung dieser Frage genügt, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die Wiederherstellung einer Ideengemeinschaft der beiden Mächte in bezug auf die Balkanpolitik sowie die Wiederbelebung der Aufrichtigkeit, mit der man früher einander gegenüber stand, nur auf der Grundlage gleichartiger, gegenseitiger Aufklärungen und Zusicherungen erreicht werden kann.“

**Frankreich.**

Aus der neuen Marinevorlage werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Schlachtflotte besteht aus vier Geschwadern zu je sechs Panzern und vier Reserveschiffen, zwei Aufklärungsschiffen pro Geschwader und zwei Reserve-Aufklärungsschiffen, zwölf Torpedoboote pro Geschwader und vier Ersatzboote. Für die ausländischen Stationen finden je nach Bedarf Avisos oder Kanonenboote Verwendung. Unter den submarinen Streitkräften befinden sich vier Mi-